

an allen Verträgen. Bezugpreis monatlich M. 1.50. in den Ausgabestellen 1.10. durch Zeitungsboten 1.70. am Postamt 1.65. ins Ausland 20 deutsche Mark. Fernsprecher: 246, 276, 3110, 3249. Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6194 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundchriftzeile im Anzeigenenteil innerhalb Polens 35.—M. im Restmetall 90.—M. für Aufträge aus Deutschland 3.50 M. im Restmetall 10.—M. in deutscher Wirt. Telegrammadresse: Tageblatt Poznan. Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznan.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausbesserung hat der Bezogter keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nochmals die Rede des Abg. Hasbach

Wir stellten gestern fest, daß der Abg. Hasbach in der Rede, in der er der neuen Regierung die Wünsche der deutschen Minderheit auspricht, sich einer beinahe zu weitgehenden Maßnahme befleißigte und daß man im Interesse der Sache stellenweise eine deutlichere Sprache im Munde des Vertreters der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität gewünscht hätte. Anderer Ansicht ist der „Postep“, der den Gesamtatz seiner 211 „Die Offensibe des Abg. Hasbach“ überschreibt und unter dieser Überschrift Hasbachs Rede in folgender Fassung darstellt:

„Während der Aussprache über die Erklärung des Ministerpräsidenten nahm auch der Vertreter der deutschen Bevölkerung Kommerzienrat, Abg. Hasbach, das Wort. Seine Rede unterschied sich wesentlich von dem früheren Auftreten der Vertreter der deutschen Minderheiten im Sejm. Während früher ihr Ton gemäßigter war, klang aus der Rede des Abg. Hasbach ein freier, energischer, beinahe herausfordernder Ton. Das war nicht mehr eine Betonung der Spalität als Gegenleistung für die Anerkennung der deutschen Minderheiten, sondern eine Ankündigung des Kampfes gegen die Regierung und den polnischen Staat. Eine kennzeichnende Einzelheit in der Rede des Abg. Hasbach muß besonders beachtet werden. Er trat im Sejm auf als Sprecher aller nationalen Minderheiten in Polen. Er sprach nicht nur im Namen der Deutschen, sondern bemühte sich zugleich den Eindruck hervorzuheben, daß er im Namen der Russen, der Weißrussen, der Litauer und der Ukrainer sprach, also im Namen der Bürger des polnischen Staates, die noch keine eigenen Vertreter im Sejm haben. Aus der Erklärung des Abg. Hasbach ging jedoch nicht hervor, ob er dies auf eigene Faust tat oder wirklich von Vertretern der genannten Völker gebeten worden war, in ihrem Namen zu sprechen.“

Diese Unklarheit wird sicher mit der Zeit behoben werden, und wir werden nicht verfehlen, dann auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Jetzt handelt es sich für uns um die Rede des Abg. Hasbach selbst, die außerordentlich kennzeichnend war und in mehr als einer Hinsicht Beachtung verdient. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Abg. Hasbach der Sprecher der unter den Deutschen in Polen immer stärker hervortretenden Strömungen war, die dem polnischen Staat gegenüber feindselig gegenüberstehen. Schon die deutsche Zeitung in Lodz, in der eine Organisation aller Deutschen in Polen begründet wurde, war ein Beweis dafür. Schon dort, während der Lodzer Tagung, waren die Richtungen zu erkennen, die der polnischen Bevölkerung deutlich zeigten, daß die Deutschen in Polen aus ihrer bisherigen Zurückhaltung hervortreten und zu einer geschlossenen Opposition überzugehen beginnen.

Der Abg. Hasbach ging in seiner Rede noch weiter. Aus ihr ist zu sehen, daß die Deutschen in Polen sich schon so stark fühlen, daß sie die Führerrolle unter den nationalen Minderheiten an sich reißen wollen. Sie wollen an die Spitze der nationalen Minderheiten treten und mit ihrer Hilfe der Sturmbock werden, der die Grundlagen des polnischen Staates bedrohen soll. Solcher Art sind sicher die Pläne des Abg. Hasbach und des Zeils der deutschen Bevölkerung, der den Abg. Hasbach als Sprecher seiner Anschauungen anerkennt.

Das Auftreten des Abg. Hasbach ist um so bemerkenswerter, als in den letzten Monaten sich nichts ereignet hat, was die Behauptung rechtfertigt, die Lage der Deutschen in Polen hätte sich verschlimmert. Im Gegenteil, es geht ihnen so gut, daß wir glücklich wären, wenn es der polnischen Bevölkerung in Deutschland so gut ginge. Das Verhältnis der Regierung und des polnischen Volkes zu der deutschen Minderheit ist nach wie vor korrekt und den übernommenen Verpflichtungen entsprechend. Man kann sogar noch mehr sagen: Die Regierung übt die Rechte, die der Vertrag von Versailles ihr hinsichtlich der Liquidierung des deutschen Landesbesitzes im ehemals preussischen Teilgebiet gegeben hat, nicht ganz aus. Auch Mangel an Toleranz darf uns nicht vorgeworfen werden: das deutsche Schulwesen entwickelt sich ungehindert und, soviel wir wissen, gab es nicht einen Fall, in dem jemand wegen Gebrauchs der deutschen Sprache schikaniert worden wäre oder Unannehmlichkeiten erlitten hätte.

Es müssen also andere Kräfte sein, die das kriegerische Auftreten des Abg. Hasbach herbeiführten. Nicht die letzte Rolle in dieser Hinsicht spielt die Inspiration aus Berlin, die nicht zulassen will, daß die Verhältnisse in Polen feste Gestalt annehmen. Nicht ohne Bedeutung ist die Spekulation der örtlichen deutschen Faktoren, die ihre Pläne auf unsere inneren Mängel und auf unsere Überempfindlichkeit in den Fragen der nationalen Minderheiten gründen. Wir haben jedoch den Eindruck, daß diese beiden Rechnungen ohne den Willen gemacht werden. Berlin ist weit, und die polnische Bevölkerung hat mehr als einmal bewiesen, daß sie im Falle einer Gefahr sich zu einer Einheitsfront zusammenschließen weiß. Unter diesen Verhältnissen hat die Offensibe des Abg. Hasbach, auch wenn sie im Einverständnis mit den anderen nationalen Minderheiten unternommen sein sollte, keine Aussicht auf Erfolg.“

Wie sagt der „Postep“? „Das Auftreten des Abg. Hasbach ist um so bemerkenswerter als in den letzten Monaten sich nichts ereignet hat, was die Behauptung rechtfertigt, die Lage der Deutschen und Polen hätte sich verschlimmert.“ Und die Verreibung der Domänenpächter, von denen manche das Stück Land, das sie seit Jahrzehnten bearbeiteten, als Bettler verlassen müssen und infolge der an dieser Stelle mehr als einmal gekennzeichneten Behandlung, die der polnische Staat ihnen, ihrem Geldbeutel und ihrem Inventar zuteil werden ließ, nicht die Möglichkeit haben, sich an anderer Stelle anzulassen oder als Pächter niederzulassen, ist das nichts? Und die Rechtsmachung der Anwesenden, von denen viele obdachlos und heimatlos geworden sind und von der Wildtätigkeit anderer leben müssen, die Nichtachtung geschlossener Verträge, das gewalttätige Herausreißen vieler mit dem Lande durch harte Arbeit verbundener Familien aus dem Boden, in dem sie wurzeln, — ist das nichts? Die systematische Entlassung von deutschen Angestellten, Beamten und Arbeitern aus staatlichen, kommunalen und anderen Betrieben — ist das nichts? Die systematische Vernichtung deutschen Gewerbes und Handels, durch die alteingesessene deutsche Bürger aus dem Lande getrieben werden.

— ist das nichts? Und die Aufhebung und Nichtachtung bestehender Forderungen (siehe „Rechtsbruch“ in Nr. 186 des Posener Tageblattes), — ist das nichts?

„Das deutsche Schulwesen entwickelt sich ungehindert,“ sagt der „Postep“. Hat der „Postep“ noch nie etwas davon gehört, daß deutsche Schulgebäude einach ihrem Zweck entzogen werden, daß an mehr als einem Ort deutschen Kindern die Gelegenheit eines geregelten Schulunterrichts genommen wurde? Hat er nicht von der Ausübung der deutschen Bürgerschulen im Bromberg gehört, wo 1029 Kinder auf die Straße gesetzt wurden?

Der „Postep“ schreibt: „Es geht den Deutschen so gut, daß wir glücklich wären, wenn es der polnischen Bevölkerung in Deutschland eben so gut ginge.“ Das ist eine Privatsache der „Postep“, die kaum anders erklärt werden kann als dadurch, daß er, der „Postep“, über das Leben der Polen in Deutschland ungenügend unterrichtet ist. Wir hatten vor einigen Tagen Gelegenheit, eine führende polnische Persönlichkeit aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu sprechen und hörten aus ihrem Munde die freiwillig abgegebene Erklärung, daß seit dem Besuch der gemachten deutsch-polnischen Kommission in diesem Gebiet (siehe „Pol. Tagebl.“ Nr. 109) dort nicht das geringste vorzufallen wäre, was zu Klagen oder Beschwerden der polnischen Bevölkerung Anlaß böde. Kann hier, in Polen, ebenso im Ernst behauptet werden, daß hier in den letzten Monaten nicht das geringste vorzufallen wäre, was die hiesigen Deutschen zu Klagen oder Beschwerden berechtigte?

Wer die Tatsachen kennt, und die Dinge sieht, wie sie wirklich sind, und nicht die Absicht hat, gegen die Deutschen in Polen zu hetzen, wie offenbar der „Postep“, der wird sich hüten, die Rede des Abg. Hasbach eine Offensibe zu nennen. Sie ist ein Akt berechtigter Abwehr und hat keinen anderen Zweck als den, die Unmerklichkeit des neuen Ministerpräsidenten auf seit langer Zeit bestehende Mängel hinzu lenken. Sollte das dem Abg. Hasbach gelungen sein, so hat seine Rede, trotz ihrer beinahe zu vorsichtigen Fassung und trotz der sehr großen Zurückhaltung, die sich der Redner auflegte, ihren Zweck erreicht.

Zum Bromberger Schulskandal.

Bromberg, 6. Oktober. Die deutsche Elternschaft Brombergs hat in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung über die Weiterentwicklung der deutschen Schulen zwei Entschlüsse angenommen, deren einer an die hiesigen Behörden und deren zweiter an den Kurator für das gesamte Schulwesen in Polen und an das Ministerium in Warschau gerichtet ist. Beide Entschlüsse sollen durch eine besondere Anordnung überreicht werden.

Die erste Entschlüsse hat folgenden Wortlaut: „Die heute im evangelischen Gemeindehaus versammelten deutschen Eltern wenden sich an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung und sprechen die Erwartung aus, daß die Stadt auch für ihre Kinder sorgen werde. Sie können es nicht glauben, daß ihre Kinder pädagogisch ohne Beschulung sein sollen und fordern für sie die Überlassung ausreichender Schulräume, ferner fordern sie, daß die Entlassungen der Lehrer zurückgenommen werden.“

Die zweite Entschlüsse lautet: „Durch Maßnahmen des Magistrats der Stadt Bydgoszcz sind die höheren und mittleren Schulen der Stadt liquidiert worden. Für die entlassenen Kinder hat die Stadt keine Fürsorge getroffen. Der Magistrat hat weiterhin am 1. Oktober alle an den höheren und mittleren Schulen beschuligten Lehrer aus dem Dienste entlassen. Untere Kinder sind seitdem ohne Unterricht. Als polnische Staatsbürger fordern wir, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden schleunigst den Magistrat der Stadt Bydgoszcz zur Erfüllung seiner Pflicht anhalten.“

Die polnisch-lettischen Beziehungen.

Riga, 7. Oktober. (B.A.) Der lettische Ministerpräsident Majerowiez sagte in einer Auskunft, die er dem Korrespondenten der Zeitung „Prieksha Sema“ über die polnisch-lettischen Beziehungen gab, folgendes: Die diplomatischen Beziehungen mit Polen befinden sich gegenwärtig im Stadium der Erwartung. Wir haben bis jetzt keine offiziellen Annaben über den Nachfolger des deutschen Gesandten in Riga. Der neue lettische Gesandte in Warschau Herr Kuffza wird noch so lange in Paris verbleiben bis der Herr Pariser Posten bestimmte Herr Großwald seine Verpflichtungen als lettischer Delegierter auf der Konferenz löst. Vor der Befreiung dieser Posten werden ebenso Herr Kuffza wie auch Herr Großwald in Riga einreisen, um entsprechende Funktionen entgegenzunehmen.

Frankreich und England.

London 7. Oktober. (Tel.-U.) Die Ausgabe der „Times“ von Dienstag morgen enthält einen Artikel ihres Pariser Berichterstatters mit den Überschriften: „Wo fehlt es? Das Gefühl für Sicherheit ist verloren.“ Außerdem bringt sie eine 20 Seiten starke Ergänzungsbeilage, die vollkommen Frankreich gewidmet ist. Die Artikel sind mit bekannten Namen versehen. Unter Befügung von Illustrationen behandeln sie Frankreich auf allen Seiten. Im Hauptblatt schreibt der Pariser Sonderberichterstatter: Einer der größten jetzt in Frankreich lebenden Staatsmänner hat mit über die Entente gesagt in gewissen französischen und englischen Kreisen sagt man die Entente ist tot; andere sagen, sie ist tot, krank, aber wieder geben die Krankheit zu hoffen aber auf bessere Tage. Was hat Frankreich und England auseinandergetrieben? Einerseits die Pariser Friedenskonferenz und die Verhandlungen des Obersten Rates, aber hauptsächlich war es die Kurzsichtigkeit der Politiker auf beiden Seiten.

Der Marokkoaufstand.

Melilla, 7. Oktober. (B.A.) Amtliche Meldung: Große starke französische Abteilungen erneuerten heute irah ihre Offensiv und besetzten hierbei die Ortschaften Alkalan und Alczaba. Die Verluste der Aufständischen sind erheblich. Ein spanischer Regierungserlass beruft 98200 Männer zu den Waffen.

Oberschlesien.

Lösungsmöglichkeiten.

Wentzen, 7. Oktober. (B.A.) Die deutsche Presse berichtet, daß der englische Delegierte des Völkerbundes Fisher, der am Dienstag nach London fuhr, den englischen Entwurf über die Lösung Oberschlesiens mitgenommen habe. Dieser Entwurf, der Lord George vorgelegt werden wird, ist folgender: Das obereschlesische Problem hat zwei Seiten, eine politische und eine wirtschaftliche. Wenn auch ein großer Teil der polnischen Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade die London-Linie in Betracht zieht, so muß hier doch die Tatsache berücksichtigt werden, daß im Innern des polnischen Rings in Oberschlesien sich große wirtschaftliche Gebiete Deutschlands befinden, die aus diesem Anlaß eine entsprechende Entscheidung fordern. Aufgabe der Kommission der Vier ist es, beide Entwürfe zu berücksichtigen und eine unparteiische Entscheidung zu fällen. Der Berichterstatter der „Information“ teilt mit, daß das nationale Problem in Oberschlesien zugunsten Polens durch Befreiung einer Linie gelöst wird, die für Polen vorteilhafter ist als sogar die Sforza-Linie. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands werden durch besondere Verbindungen geschützt, die den Deutschen in diesem neuen polnischen Gebiet vollkommene wirtschaftliche Freiheit, und zwar die Freiheit der Ein- und Ausfuhr, Transporterleichterungen, Finanzverträge und die Befreiung von Zollabgaben garantieren.

Danzig, 7. Oktober. (B.A.) Die „Danziger Zeitung“ bringt folgende Depesche ihres Korrespondenten aus Genf: Aus maßgebender Quelle erfährt ich, daß die Entscheidung der Kommission der Vier des Völkerbundesrates in der obereschlesischen Angelegenheit in allen Hauptpunkten festgesetzt ist. Das Verhör der polnischen und deutschen Vertreter der Bevölkerung Oberschlesiens durch die Kommission soll nur Einzelheiten über Grenzfestsetzungen bringen. Was die sachliche Seite der erwarteten Meinung des Völkerbundesrates anbelangt, so wird allgemein angenommen, daß sie für Deutschland die größte Enttäuschung bedeuten wird. Trotz aller Meinungen über den Grundgedanken der Unteilbarkeit des obereschlesischen Industriegebiets berichtet der Korrespondent der Zeitung, daß die Grenzlinie Oberschlesiens durch die Mitte des obereschlesischen Industriegebiets gehen wird, und zwar so, daß vorläufig das Los Deutschlands noch unentschieden bleibt, dagegen sollen die Industriegebiete im Osten und Nordwesten von Wentzen und die Kreise Pleß und Rybnik endgültig Polen zugeteilt werden.

Paris, 7. Oktober. (B.A.) „Echo de Paris“ bringt Gerüchte, nach denen die Entscheidung in der obereschlesischen Angelegenheit, die in dieser Session fallen wird, Änderungen zugunsten Polens im Sinne der Sforza-Linie enthalten wird. Das Industriegebiet soll unter die Verwaltung einer internationalen Kommission gestellt werden, die jedoch keine politischen Vollmachten erhält. Deutschland und Polen sollen sofort die ihnen zugewiesenen Gebiete in Besitz nehmen und wirtschaftliche Verträge schließen.

Der Völkerbundesrat ist sich einig.

Paris, 7. Oktober. (B.A.) „Journal des Debats“ erfährt aus Genf, daß der Völkerbundesrat eine vollkommene Einigung in der obereschlesischen Frage erzielt und seine Schlufanträge schon zusammengefaßt habe. Zu bearbeiten bleiben noch etliche Einzelheiten. Die Meinung des Völkerbundesrates wird spätestens am Sonnabend dem Vorsitzenden des Obersten Rates mitgeteilt und sofort durch den Völkerbund veröffentlicht werden.

Alle Teilungsgerüchte verfrüht.

Paris, 7. Oktober. (B.A.) „Journal des Debats“, das alle Nachrichten und Gerüchte über das Los Oberschlesiens befrüht, schreibt, daß diese alle verfrüht sind. Es ist natürlich unzweifelhaft, daß eine Verhandlung erzielt wurde. Jedoch jede verfrüht und ungenaue Nachricht kann nur die Arbeiten der Kommission der Vier, die noch nicht beendet sind, erschweren.

Völkerbund.

Die Sitzung vom Dienstag.

Genf, 7. Oktober. (B.A.) Seit ein paar Tagen beschleunigte die Versammlung des Völkerbundes ihre Verhandlungen, um die Sitzung noch am Mittwochabend und spätestens Donnerstag früh zu beenden. Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung stand die Wahl von vier nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundesrats für das Jahr 1922. In der Dienstagssitzung des Verfassungsausschusses schlugen die Vertreter Englands und Frankreichs vor, keine neuen Wahlen zu vollziehen, sondern für das nächste Jahr die vier nichtständigen Mitglieder des Völkerbundes, und zwar die Vertreter Brasiliens, Spaniens, Belgiens und Chinas zu belassen. Der Vertreter Frankreichs, Noblemaire, begründete diesen Vorschlag und betonte, daß dies im Interesse der obereschlesischen Angelegenheit liege. Es wäre im übrigen unangebracht, die Mitglieder, die zur Regelung einer so wichtigen Angelegenheit berufen sind, auf diese Weise zu verabschieden. Die Kommission beschloß einstimmig, der Versammlung vorzuschlagen, keine neuen Wahlen durchzuführen, sondern als nichtständige Mitglieder des Völkerbundesrates die Vertreter Spaniens, Brasiliens, Belgiens und Chinas im Amte zu belassen.

Die Versammlung des Völkerbundes setzte das Budget des Völkerbundes für das Jahr 1922 in einer Höhe von 20 858 940 Franken fest.

Es wurden auch die Verhandlungen über Anwendung der Blockade als Wirtschaftswaffe des Völkerbundes fortgesetzt. Die Diskussion führte zu einem Zusammenstoß zwischen Frankreich und der Schweiz. Die französische Delegation wollte die Anwendung der Blockadebestimmungen auch gegen die in einem anderen Staate lebenden Angehörigen des den Frieden brechenden Landes. Bundesrat Motta betonte demgegenüber unter Hinweis auf die schweizerischen Verhältnisse, daß eine derartige Maßregel praktisch vollkommen undurchführbar sei. Der Kongress verhandelte sodann über den Antrag Argentiniens auf Änderung des Artikels 1, jedem souveränen Staate ohne weiteres auf seinen Wunsch hin, den Beitritt zum Völkerbunde zu ermöglichen. Der Kommissionsantrag auf Vertagung wurde sodann einstimmig angenommen.

Die Mittwochssitzung.

Genf, 7. Oktober. (B.A.) In der Mittwochssitzung des Völkerbundes wurde unter anderem über den Änderungsvorschlag zum Artikel 18 des Vertrages über den Völkerbund gesprochen. Dieser Artikel steht vor, daß jeder Vertrag, der internationale Verpflichtungen enthält, unverzüglich beim Sekretariat des Völkerbundes registriert wird. Nach Ansprüchen verschiedener Mitglieder, u. a. Balfours, Mottas und Ceils wurde die von Balfour vorgeschlagene Entscheidung angenommen, die die Aussprache über die Abänderung bis zur dritten Tagung des Völkerbundes aufschob. Bis zu dieser Zeit können die Staaten, die Mitglieder

des Völkerverbundes werden, die Verpflichtungen des Artikels 18 des Vertrages über den Völkerverbund nach eigenem Ermessen im Einvernehmen mit dem Geist der vorgeschlagenen Uänderung auslegen.

Schluss der Tagung.

Genf, 7. Oktober. (P.M.) Vor Schluss der Sitzung vollzog die Versammlung des Völkerverbundes die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Völkerverbundesrats. Mit bedeutender Stimmenmehrheit wurden aufs neue Belgien, Brasilien, Spanien und China für ein Jahr gewählt. Darauf hielt der Präsident der Versammlung Carnegies eine große Rede, mit der er die gegenwärtige zweite Sitzung der Versammlung des Völkerverbundes schloß. Der Redner hob in erhebenden Worten die große Bedeutung der von der Versammlung in der gegenwärtigen Sitzung durchgeführten Arbeiten hervor. Die Rede des Präsidenten wurde von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen.

Die Londoner Konferenz.

London, 6. Oktober. (P.M.) Die irischen Bevollmächtigten begaben sich am Dienstag nach London. Im allgemeinen rechnet man in Dublin mit einem günstigen Ergebnis der Konferenz. Die Befreiung der verhafteten Sinnkämpfer ist im Gange. In Dublin erwartet man, daß die Freilassung erfolgen wird, sobald die Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Sinnkämpfern beginnen.

London, 7. Oktober. (P.M.) Lloyd George hielt in Farnham eine Rede, in der er bei Berührung der irischen Frage erklärte, daß am Donnerstag das Kabinett zusammentritt, um über diese Frage zu beraten. Dann werden die Entwürfe dem Parlament vorgelegt.

Der griechisch-türkische Krieg.

Erfolge der Türken.

Konstantinopel, 7. Oktober. (P.M.) Die Türken rücken in der Richtung nach Vasiloff vor. Es ist zu erwarten, daß von allen Seiten eingekreist. Nach Einnahme der Ortschaften Bulgradin und Tisaf im Abschnitt von Nium Karahisar gehen die Türken weiter vor. Eine türkische Abteilung marschiert in der Richtung nach Dumlupinar.

Der Daily Express wird aus Konstantinopel berichtet, daß die Griechen bei Gschiffel Winterlager vorbereiten.

Die Türken lassen französische und englische Gefangene frei.

Paris, 6. Oktober. (Telunion.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die französische Regierung hat von der türkischen Regierung die sofortige Freilassung aller französischen Gefangenen erwirkt. Es wurde auch ein Vertrag zwischen England und den Kemalisten über die Freilassung aller englischen Gefangenen unterzeichnet, die sich in kemalistischer Gefangenschaft befinden. Es soll ein Austausch gegen die türkischen Gefangenen, die sich in englischer Gefangenschaft befinden, sein.

Sowjetrußland.

Die Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 7. Oktober. (P.M.) Am Donnerstag wurde hier die internationale Konferenz in der Angelegenheit der Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung Rußlands eröffnet. An der Konferenz nahmen der Vatikan und 27 Staaten teil; auch Deutschland ist vertreten. Von dem Augenblick, da der Völkerverbund eine negative Entscheidung über die Hilfeleistung für Rußland faßte, hat die amerikanische wie auch die französische Hilfsaktion die Fühlung mit ähnlichen Bestrebungen anderer Staaten verloren. Die Konferenz macht es sich zur Aufgabe, die Bestrebungen aller Staaten zusammenzufassen, die an der Hilfsaktion teilnehmen wollen. Polen nimmt an der Brüsseler Konferenz durch seinen Vertreter bei der belgischen Regierung, Sobanski, und den Legationsrat in Paris Bielowiejski teil.

Die Hilfsaktion.

London, 7. Oktober. (P.M.) Nach einem Telegramm aus Minsk verbleibt das amerikanische Rettungskomitee gegenwärtig 60 000 Kinder in Petersburg.

London, 7. Oktober. (Tel.-U.) Dr. Kansen wird heute in London erwartet, wo er im Zusammenhang mit der Hilfeleistung an Rußland weitere Besprechungen haben wird.

Hannover, 7. Oktober. (P.M.) In Brüssel traf der ehemalige Minister Kozanski ein, um an der Konferenz über die Hilfeleistung für das hungernde Rußland teilzunehmen.

Erste Börse in Sowjetrußland.

Paris, 7. Oktober. (P.M.) Die hiesige russische Zeitung „Obščozje Dielo“ berichtet, daß in Saratow die erste Börse in Sowjetrußland eröffnet wurde. Die Einlage eines Mitgliedes beträgt 100 000 Rubel.

Trozkis Sekretär bekennt.

Besgrad, 6. Oktober. (P.M.) Hier wurde der Russe Mitrofanow, der persönliche Sekretär Trozkis verhaftet. Während der Untersuchung erklärte der Verhaftete, daß die Sowjetregierung im August einen Angriff auf Rumänien geplant, diese Absicht aber wegen der militärischen Anordnungen in Rumänien fallen gelassen habe.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Beatrice von Winterfeld. (B. Fortsetzung.) (Nachdruck unterlagt.) „Ich könnte das ja auch so schön besorgen“, schmolte Ellen, „aber sie will ja nicht. Meint, das könnte nur eine Mutter alles richtig machen.“ Lies lachte und hob ihren Fuß hoch in die Luft. Da fuhr der kleine, gelbe Jagdwagen vors Haus. „Fried und Knut wollen pirschen fahren“, sagte Ellen lächelnd und sprang über den Rasen. Aus der Haustür traten in Toppe und hohen Stiefeln die beiden Jäger, die Büchse über der Schulter. Gerade als er einsteigen wollte, sah Knut seine Frau und seinen Jungen unter der Linde. Da ging er mit starken, frohen Schritten über den Vorplatz hin zu ihnen. „Donnerwetter, hat der Bengel rote Backen. Lies, kommst Du mit?“ „Aber Knut, die Frida ist doch nicht da, wer soll den Jungen zu Bett bringen?“ „Herrje, da sind doch genug Frauenspersonen zu Hause.“ Er sah zu Ellen herüber. Die zuckte lachend die Achseln. „Wenn Lies aber Angst hat, daß wir ihn fallen lassen oder ihm Bier statt Milch geben?“ Dann sagte sie mit komischem Pathos: „Lies, Du hast mir einst lang und breit auseinander gesetzt, daß die Interessen der Gattin immer über denen der Mutter stehen sollten. Das war graue Theorie. Jetzt kommt die Praxis.“ „Fried war jetzt auch langsam über den Rasen zu den anderen getreten.

Um Westungarn. Neue Verwickelungen.

Ofen-Pest, 7. Oktober. (P.M.) In einer Reihe von Ortschaften Westungarns proklamierten verschiedene ununterzeichnete Elemente, die sich auf die Tatsache stützen, daß Österreich die Unterzeichnung des Protokolls in der Angelegenheit der Abgabe der Westgebiete in die Hände der interalliierten Kommission verweigert habe, die Unabhängigkeit und Neutralität dieser Gebiete. Die ungarische Regierung legt dieser Aktion kein Gewicht bei und hält kategorisch an ihrem Standpunkt fest, der auf dem Bestreben beruht, einen friedlichen Vertrag mit Österreich herbeizuführen.

Ofen-Pest, 7. Oktober. (P.M.) Nach Nachrichten, die von jenseits der Demarkationslinie nach Ofen-Pest kommen, bilden sich in einer Reihe von Ortschaften Westungarns örtliche Vollzugsausschüsse, die sich in unabhängige neutrale Organe umwandeln sollen. Diesen abenteuerlichen Schritten, die von einzelnen Personen ohne politischen Sinn und ohne Verantwortlichkeitsgefühl unternommen werden, kann keine Bedeutung beigegeben werden. Diese Vorfälle rühren aus der allgemeinen Erregung der Bevölkerung über das Hinschleppen der Entscheidung her. Die ungarische Regierung steht auf dem Standpunkt des Kompromisses und spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen in einer Reihe der Vermittlung Italiens geführt werden, eine Schlichtung des Streites auf dem Friedenswege finden werden. Die oben genannten Vorfälle werden die ungarische Regierung nicht von dem beabsichtigten Wege ablenken.

Neue Angriffe ungarischer Banden.

Wien, 7. Oktober. (P.M.) Amtlich wird gemeldet, daß die ungarischen Banden nicht nur den ganzen Tag die österreichischen Posten bei Brud an der Leitha angriffen, sondern auch gegen jedes internationale Recht ein Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf Brud eröffneten und so die friedliche Zivilbevölkerung dieser Stadt großen Gefahren aussetzten. Wie das Wiener Korrespondenzbureau berichtet, wandte sich die österreichische Regierung erneut an die Mächte mit einer Note, die auf diese neue Tatsache der Verletzung des internationalen Rechts hinweist und energisch gegen jedes Vorgehen dieser Art protestiert.

Eine mittelamerikanische Republik.

London, 7. Oktober. (P.M.) Am Sonntag wurde feierlich die Bildung einer Zentralamerikanischen Republik bekanntgegeben, die aus den Staaten Guatemala, St. Salvador und Honduras besteht. Die Behörden legten den Schwur auf die Verbandsflagge ab.

Die bewaffneten Mächte.

London, 7. Oktober. (P.M.) In Washington wurden die amtlichen Ziffern der Streitkräfte der einzelnen Staaten im gegenwärtigen Augenblick veröffentlicht. Diese Ziffern stellen sich folgendermaßen dar: China 1 370 000, Frankreich 1 430 000, England 740 500, Rußland 588 000, Polen 450 000, Japan 300 000, Italien 350 000, Griechenland 235 000, Spanien 255 000, Schweiz 170 000, Türkei 150 000, Sibirien 150 000, die Vereinigten Staaten 140 000, Deutschland 100 000 Mann.

Arbeiterbewegung.

Berliner Holzindustrie.

Berlin, 7. Oktober. Die nach dem Scheitern der vergangenen Verhandlungen vom Reichsarbeits-Ministerium eingeleitete Kammer der Schlichtungsausschüsse hat gestern mit den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der Berliner Holzindustrie begonnen und diese heute vorgelegt. Es wird damit gerechnet, daß schon heute ein Schiedsspruch gefällt wird.

Die Höchster Farbwerke.

Höchst a. M., 7. Oktober. (Tel.-U.) Erst am späten Vormittage des Dienstag wurde das allseitige Ergebnis der gestrigen Abstimmung der Belegschaft der Farbwerke über die Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie bekannt. Nach der vorläufigen Zählung haben 6880 Arbeiter mit Nein und 643 Arbeiter mit Ja geantwortet. Die Vereinbarungen müssen also als abgelehnt angesehen werden. Etwa 60 v. H. der Belegschaft dürften an der Abstimmung teilgenommen haben.

Die Amsterdamer Hafenarbeiter streiken.

London, 7. Oktober. (P.M.) Ein Teil der Arbeiter im Amsterdamer Hafen stellte die Arbeit ein. Es sind Vorbereitungen für einen Generalstreik im Gange.

Ausstand der Pariser Bauarbeiter.

Paris, 7. Oktober. (Tel.-U.) Der Streik der Maurer und Bauarbeiter ist gestern beschlossen worden. Er hat heute ohne jeden Zwischenfall seinen Anfang genommen.

Die Kabinettsbildung in Berlin.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

Berlin, 2. Oktober. Zur Frage der Umbildung der Regierung erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth keine Veranlassung bestehe. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen werde, müsse eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt. Eine Entscheidung über die eventuelle Umbildung der Regierung könne die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und so die Gestaltung der vorgeschlagenen Besitzsteuern sowie der besonderen Leistungen des Besitzes zu übersehen ist. Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit sei, in die Reichs- und die preussische Regierung einzutreten.

Die Stellung des Reichsanwalter's.

Berlin, 6. Oktober. Außer der Überschrift: „Wirths Stellung unhaltbar“ gibt das „Deutsche Tageblatt“ einer an erster Stelle des Blattes stehenden Meldung noch die weiteren sensationellen Überschriften: „Das wankende Kabinett Wirth“, „Bankrottanlage“. Die Meldung besagt, die Mitteilungen einer Reihe von Zeitungen, nach denen Dr. Wirth eine Besprechung mit den Parteiführern im Laufe der Woche fortzusetzen beabsichtigt, entsprächen nicht dem tatsächlichen Stande der Dinge. „Wir halten es vielmehr für wahrscheinlich, daß Dr. Wirth die politische Unhaltbarkeit seiner Stellung nunmehr eingesehen hat und daß er die geeigneten Folgerungen daraus zu ziehen gedenkt.“

Der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung.

Berlin, 6. Oktober. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: Die Sozialdemokraten und das Zentrum haben ihre Zustimmung zu einem etwaigen Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierungen von drei Bedingungen abhängig gemacht: 1. sollen die Unabhängigen sich unzweideutig auf den Boden der Verfassung stellen; 2. muß zuvor eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden und 3. soll die Deutsche Volkspartei in eine eventuelle Koalition mit den Unabhängigen einbezogen werden. Im übrigen ruhen die offiziellen Verhandlungen von Partei zu Partei, bis der Reichsverband der deutschen Industrie zur Frage der Beschaffung der Goldmilliarde für die nächsten Reparationsleistungen endgültig Stellung genommen hat. Man hofft, bis spätestens Anfang kommenden Woche eine Klärung zu erreichen. Wie im Reich, wird auch in Preußen die Frage der Regierungsumbildung gegenwärtig nur innerhalb der Fraktionen besprochen.

Deutsches Reich.

* Der erste polnische Gesandte in Berlin. Am Donnerstag Mittag handigte der neuernannte außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. Radzicki dem Präsidenten Ebert in Gegenwart des Außenministers Rosen, des Reichsarchivars und des Chefs der Präsidialkanzlei sein Verlaubungsdrachen aus. Die Beglaubigung des ersten polnischen Gesandten bei der deutschen Regierung muß feierlichen Charakter haben. Radzicki hielt die Ansprache an Ebert in polnischer Sprache. Präsident Ebert antwortete in deutscher Sprache. Nach dem Abschluß sprach Herr Radzicki noch einige Zeit mit dem Reichspräsidenten und mit dem Außenminister. Heute wird er den Ehrens der ausländischen Missionen in Berlin seinen Besuch abhalten.

** Konferenz der Eisenbahndirektionen. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, treten die Präsidenten sämtlicher Eisenbahndirektionen der deutschen Reichseisenbahn am 7. Oktober zu wichtigen Beratungen in München zusammen. Der Reichsverkehrsminister wird hierbei den Vorsitz führen.

** Schwere Ausstellungen in Ostpreußen. Zu schweren Ausschreitungen kam es Sonntag in Ostpreußen anlässlich des Silvesterfestes des „Stahlhelm-Bundes“. Der geplante Anzug war polizeilich verboten worden. Als sich am Sonntag vormittag die Gruppen der Mitglieder im Rheinischen Hof zu einem Frühstücken versammelt hatten, drangen Kommunisten in das Lokal ein und trübten im Sinne schwerer Beleidigungen an. Die „Stahlhelmer“ wurden überfallen und übermäßig verletzt.

** Der Belagerungszustand in Bayern aufgehoben. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus München, daß die bayerische Regierung im Sinne des Vertrages mit der deutschen Regierung den Belagerungszustand aufgehoben hat.

Freistaat Danzig.

* Die Danziger Schiffwerftstätten. Der Umstand, daß der Direktor der Danziger Schiffwerftstätten Professor Kees sich in London aufhält, veranlaßt die Nachricht, daß die Schiffwerftstätten in Danzig in ein Auktionslokal umgewandelt werden sollen. Hierbei soll in erster Linie englisches, amerikanisches, deutsches und polnisches Kapital zur Verfügung gestellt werden. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ geben diese Nachricht als verifiziert an, geben jedoch zu, daß Prof. Kees in London Abklärung sucht, da es eine genügend bekannte Tatsache ist, daß die Schiffwerftstätten nicht von Danzig allein unterhalten werden können.

Er legte beide Hände lachend auf den Rücken. „Rechts oder links, Lies? Mann oder Kind?“ „Lies war tot geworden und lächelte ihren strampelnden Jungen.“ „Ich käme ja selbstverständlich mit Dir, Knut, wenn die Frida da wäre, aber —“ „Aha, jetzt kommt das Aber!“ „Fried drehte sich lachend auf dem Hacken herum.“ „Dann komm nur, Knut. Mit einem Baby darfst kein Mann konkurrieren bei 'ner Mutter.“ „Knut drehte sich rümpelnd an seinem Värtchen. Er war entschieden eifersüchtig auf seinen Jungen. Dann heuchelte er Gleichgültigkeit.“ „Mach's ganz, wie Du willst, Lies. Ich will Dich wahrhaftig nicht drängen. Nur — es ist so viel schöner mit Dir zusammen.“ „Jetzt er leise hinzu.“ „Ellen stampfte jetzt ärgerlich mit dem Fuß auf.“ „Kinder, seid nicht so albern und quält die arme Lies nicht so. Und wenn ihr nicht bald fahrt, ist der Dock weg.“ „Lies stand wie im Kampf mit sich selbst.“ „Dann ging sie plötzlich auf Ellen zu und gab ihr den Jungen in den Arm.“ „Dann bringe Du ihn zu Bett, aber auch nur Du allein. Und wegen der Milch weißst Mamsell Bescheid. Und daß er seine Flasche auch ordentlich austrinkt, er spielt immer so gern dazwischen. Einen Augenblick, Fried, ich hole mir nur den kurzen Rock und die Toppe.“ „Ehe sie noch antworten konnten, war sie im Haus verschwunden.“ „Der alte Major hatte die ganze Sache oben vom offenen Fenster mit angesehen. Jetzt nistete er dreimal und strich sich den grauen Bart.“ „Siehste, Kullerchen, so was hättest Du als junge Frau nie getan. Bei Dir kamen immer erst die Kinder und dann

wieder die Kinder und dann noch mal die Kinder. Vielleicht ganz am Schluss dann endlich zufälligerweise mal der Mann.“ „Ein fröhliches Lachen ringsum war die Antwort.“ „Knuten war etwas rot und ärgerlich geworden.“ „Da ja, die Mutter von heuvel Truget optierte man sich eben auf zur seine Kinder. Mutzulus liebt das keine Mutter mehr. Zugabe Mutter vertrauen ihr sind nicht einja so jedem esien beien an.“ „Das geht auf mich“, lachte Ellen. „Dann würde sie das Kind an sich.“ „Junge, du sollst schon gut haben bei Deiner Patin — das sollst du nicht. Was stange, jetzt sag mir, was stange empfangen sie, werden zueinander kommen und willunge wollen.“ „Lies legte sie ihn in den Wagen und schob ihn vor sich get vom Hause zu.“ „Lies war stampe lam ihr Lies entgegen.“ „Sie lugte noch einmal ihren Jungen und gab der Schwere eine noch einige Vergnügungsmöglichkeiten. Dann sprang sie in den Wagen.“ „Knut, du sollst lange. Meinetwegen kann's losgehen.“ „Aber sie sah Knut nicht an dabei, als schämte sie sich, ihn ihren Augen vorzulegen zu haben.“ „Knuten kam er aber den Jungen auf sie zu, groß, schlant, lehnig, — um knappen Jagdort. In den vorderen Augen eine parte löste sich. Er setzte sich guttun neben der Friede sprang vorne auf den Boden und nahm die Jungel.“ „Jetzt fuhren sie aus dem Park, hinter ihnen schrie Ellen von der Kampe: „weidmannsguten“. Wog um Friede zu ärgern, der das hatte. Da drehte sich Lies noch einmal um.“ „Und Ellen, koste die Milch auch erst, daß sie nicht zu heiß ist. Behüt Dich Gott, mein Junge!“

Prozesse um die Staatsbürgerschaft.

Am Mittwoch verhandelte, wie der 'Kurjer Pozn.' berichtet, der Verwaltungssenat unter dem Vorsitz des Senarspräsidenten des Verwaltungsgerichts Herr Cypriak mit den Räten Weisner und Gorkst über die Staatsbürgerschaft des Herrn Leon von Tiedemann, dem Eigentümer der Güter Rudocice. Der Antrag von Tiedemann über die Anerkennung des polnischen Staatsbürgerrechtes für ihn wurde vorher von der Wojewodschaft abgelehnt. Herr von Tiedemann begründet seinen Antrag damit, daß er in Krosch im Kreise Rejerek geboren sei, der nicht zu Polen gehört, daß er jedoch im Jahre 1897 von seinem Vater die Güter Rudocice erbt, die noch durch seinen Großvater angekauft worden. Als aktiver Offizier wohnte er in Potsdam. Insofern ihm aber die Dienstpflichten Zeit ließen, begab er sich nach Rudocice und beschäftigte sich mit der Verwaltung. Er führte auch die Zeugnisse des Cypriak und der Nachbarn an, die bestätigen, daß Herr von Tiedemann ein tatvoller Mensch sei, der polnisch lerne, daß er als polnischer Bürger unanfechtbar usw. sein werde. Der Rechtsanwalt Herr von Tiedemann, Głowicki, der seinen Klienten vor dem Senat verteidigt, bewies, daß in diesem Falle die Tatsache eines doppelten Wohnorts in Betracht zu ziehen sei. Herr von Tiedemann habe Rudocice für sein eigentliches Haus angesehen und darin im Jahre 1914 für ständig übersiedelt. Diese Ausführungen bekämpfte der Vertreter der Wojewodschaft, Rat Krynial, und berief sich auf den deutschen Zivilkodex, der erklärt, daß als ständiger Aufenthaltsort für den Soldaten die Garnison, in diesem Falle also Potsdam anzusehen sei. Herr von Tiedemann jedelte erst am Schlusse des Jahres 1919 nach Rudocice über, d. h. damals, als Graf Berchtesfeld einen geheimen Befehl herausgab, daß alle auf ihrem Boden in Polen verbleiben sollten. Der Verfallener Vertrag erklärt im § 91 ausdrücklich, daß das Staatsbürgerrecht denen zukehrt, die vor dem 1. Januar 1908 ständig in den Gebieten wohnten, die Polen anerkannt wurden. § 3 und 4 des Vertrages mit Polen über die nationalen Minderheiten erklärt wiederum, daß das Staatsbürgerrecht denen zukehrt, deren Eltern das ständige Aufenthaltsrecht am 10. Januar 1920 hatten. Dieses entscheidet also gegen die Staatsbürgerschaft Herrn von Tiedemanns. Nach Anhören beider Parteien begab sich der Senat zur Beratung, deren Ergebnis die Vertagung der Angelegenheit ist war. Der Senat konnte sich nicht zu der Überzeugung durchsetzen, daß Herr von Tiedemann das polnische Staatsbürgerrecht genießt, da sein ständiger Aufenthaltsort nicht in einem Gebiete liegt, das Polen anerkannt wurde. Die Verhandlung um die polnische Staatsbürgerschaft kühte sich in diesem Falle zum ersten Mal auf den Verwaltungssenat, dessen Erklärung in Zukunft für alle Fragen dieser Art verbindlich wird.

Der Verwaltungssenat drühte am Donnerstag die Angelegenheit der polnischen Staatsbürgerschaft des Herrn Emil Delhaes, Redakteur der 'Posener Neuen Nachrichten', der im Kreis Schrimm in den elterlichen Gütern in Praszka geboren wurde. Im Jahre 1908 starb seine Mutter, er aber wurde seit 1915 als Offizier der deutschen Armee in Obereschlesien. Vom 1. Januar 1920 bis zum März d. J. weilte er im 'Wald' oder 'Kreuz' als Soldat. Darauf siedelte er nach Poson über. Der Kommissar in Dolsk stellte ihm widerrechtlich ein Zeugnis aus, daß er polnischer Charakter sei; dieses Schreiben nahm ihm dann das Starostwo Gostkowo im Auftrag der Wojewodschaft fort. Wegen der Erklärung der Wojewodschaft die nachher erzwang, legte Herr Delhaes Klage beim Verwaltungstribunal ein. Die Verhandlung, die am Donnerstag stattfand, leitete der Präsident des Verwaltungssenats Herr Cypriak. Die Wojewodschaft, die Herr Rat Krynial verteidigt, schätzte sich mit der Frage, wie weit die Tatsache, daß Herr Delhaes auf polnischem Gebiet geboren und vom Jahre 1915 gar nicht hier weilte in Betracht kommt. Der Senat verweigerte nach der Vertagung die Verhandlung und beschloß, Sachverständige zu berufen die den französischen und englischen Text der betreffenden §§ 3 und 4 des Vertrages über den Schutz der Minderheiten deuten sollen.

Ein Beitrag zur 'Verständigung'.

Unter der Überschrift: 'Jeder zu Seinesgleichen in der Theorie und in der Praxis' schreibt der 'Kurjer Pozn.' am 2. Oktober: 'Es erhoben sich Hornesstimmen unserer Polinnen, daß in einigen polnischen Geschäften noch deutsches Personal, sei es bei der Kasse, sei es bei anderem beschäftigt ist. So verhält es sich u. a. in einem Kurzwarengeschäfte in der Neuen Straße. Es ist kaum zu glauben, daß in dem fast ausschließlich von Polen besetzten Poson nicht genügend polnische Kräfte vorhanden sein sollten, die das Zulasso übernehmen könnten. Es ist wirklich bitter, daran zu denken, daß diejenigen, die beständig auf den Lippen die Parole 'Jeder zu Seinesgleichen' haben, selbst dazu bereit sind, daß von dem Gelde, mit welchem die polnische Industrie unterstützt wird, Tausende monatlich in deutsche Hände übergehen; diese Gelder kehren sicher nicht mehr in den polnischen Säckel zurück. Den betreffenden Firmen muß empfohlen werden, an Stelle der deutschen Kräfte Landsleute und Landsmännchen zu engagieren, was angeht, dessen, daß das Ministerium für das ehem. preuß. Teilgebiet aufgelöst wird, nicht schwer sein dürfte.'

Es ist noch nicht drei Wochen her, daß der 'Kurjer Pozn.' bei Besprechung der Posener Tagung schrieb, daß er immer für eine Politik der Verständigung mit den deutschen Mitbürgern eingetreten sei, und daß er das außerordentliche Eingeständnis machte, daß den Deutschen nicht immer Recht geworden ist. So sieht also dieser Wille zur Verständigung aus. Es wird munter weiter geht. Das Geschäft, von dem die Rede ist, ist erst vor ganz kurzer Zeit in polnische Hände übergegangen, und schon erregt es den Jörn der wahren Patrioten, daß die deutschen Angestellten nicht sofort vor die Tür gesetzt wurden.

Silbig-Edel-Of-Abend.

Einen 'heiteren Abend' veranstaltete gestern im Evangelischen Vereinssaal der seit längerer Zeit auch hier auf das vorteilhafteste bekannte Regiator Silbig-Edelhof. Der Künstler ist hauptsächlich Vertreter der komischen Muse, wenngleich er auch ernste Sachen, wie er auch gestern wieder an mehreren Beispielen bewies, in gebührender Form vorzutragen vermag. In der Darstellung des gesunden Humors ist er von einer kaum zu schätzenden Vielseitigkeit und zwingt damit die Zuhörer derartig in seinen Bann, daß sie, ob Männlein, ob Fräulein, sich vor Lachen biegen. Punkte die geistige Vortragsfolge den früheren Besuchern dieser heiteren Abende nicht gerade allzuviel neue Sachen bringen, die Tatsache, daß sie sämtliche Ausweisen wieder zu hümmischen Heiterkeitsausbrüchen zwingt, spricht auf das Deutlichste für den prächtigen Humor des Künstlers und für seine überwältigende Vortragskraft. Jedenfalls waren es wieder nahezu drei wirklich gemütsvolle Stunden, die die Zuhörer gestern für einige Zeit die Misere des Daseins und der unbearzteten Preissteigerungen vergessen ließen. Stunden, für die sie ausnahmslos dem Regiator noch lange ein freundliches Gedenken bewahren werden. hb.

Auderregatta der hiesigen höheren Lehranstalten.

Zu den interessantesten sportlichen Ereignissen des Sommers gehörten in der Zeit vor dem Kriege die Auderregatten der hiesigen höheren Lehranstalten, die am Sedantage stattzufinden pflegten. Der Weltkrieg griff auch hier furchtbar ein. Der größte Teil der Mitglieder der Audervereine trat ins Heer ein, und erst allmählich konnte wieder ein Stamm tüchtiger Auderer herangebildet werden. Die Kräfte reichten aber nicht dazu aus, um sich in Wettkämpfe mit anderen Anstalten zu messen, und so schloß die sommerliche Auderregatta höchstens mit einer internen Regatta ab. Erst in diesem Jahre war es wieder möglich, ein Weltregatta sämtlicher höheren Lehranstalten zu veranstalten. Es fand am Sonnabend, dem 1. Oktober, statt und

war von schönstem Wetter begünstigt. Im ganzen wurden fünf Rennen gefahren. Im ersten starteten die Seniorenbierer des Maria Magdalena-Gymnasiums und die Berger-Oberrealschule, im zweiten die Seniorenbierer des Deutschen Gymnasiums und des Marcinkowski-Gymnasiums, im dritten Rennen die Juniorenbierer des Deutschen Gymnasiums und des Marcinkowski-Gymnasiums. Im vierten Rennen traten die Berliner im ersten und zweiten, im fünften Rennen die Sieger dieser Rennen gegeneinander an. Als unbestrittene Sieger gingen aus der Regatta die Mannschaften des Deutschen Gymnasiums hervor, die infolge ihrer überlegenen Technik alle Gegner spielend überwandten und auch im letzten Rennen, dem interessantesten des Tages, die Mannschaft des Maria Magdalena-Gymnasiums, die im ersten Rennen gesiegt hatte, weit hinter sich zurückließen.

Zollfreie Einfuhr nach Deutschland. Am 10. Oktober läuft die Frist ab für die Einfuhr von Waren an die Industrie- und Handelskammer betr. zollfreie Einfuhr nach Deutschland auf Grund des Verfallener Vertrages. Nach dem 10. Oktober eingelaufene Eingaben können nicht berücksichtigt werden.

Verlust am Reisegepäck. Auf Grund der in Nummer 80 des 'Dziennik Upraw' vom 24. d. M. veröffentlichten Verordnung des Eisenbahnministeriums wurde die Entschädigung für Verlust, Beschädigung oder Gewichtsverlust bei Reisegepäck um 100 Prozent erhöht und zwar von 300 M. auf 400 M. für 1 Kilogramm, wobei das Höchstgewicht für welches die Entschädigung erbracht wird, 50 Kilogramm beträgt. Die Verordnung ist am 1. Oktober d. J. in Kraft getreten.

Erhöhung der Versicherungsgrenze der Privatbeamten. Nach einer Verordnung des Ministers für das ehemals preussische Teilgebiet wird die Zwangsversicherungsgrenze (Angelegenheitsversicherung) von 100 000 M. auf 300 000 M. erhöht. Privatbeamte, die noch nicht versichert sind, können auf ihren Antrag von der Zahlung der Versicherungsbeiträge befreit werden, sofern sie den Nachweis erbringen, daß sie vor dem 30. Oktober 1921 eine Lebensversicherung in einer Versicherungsanstalt, die ihren Sitz in der Republik Polen hat, eingegangen sind oder mindestens den Antrag auf diese Versicherung eingereicht haben, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Jahresbeitrag dieser Versicherung mindestens soviel beträgt, wie der Beitrag der Versicherten in der Versicherungsklasse J. Diese Verordnung ist bereits am 1. September d. J. in Kraft getreten.

Der erste Volkshaltungsabend des Deutschen Bundes, der am Mittwoch in der Aula des Deutschen Gymnasiums stattfand, war dem Gedächtnis des Dichters Hermann Lons gewidmet, von dessen Leben und Wirken Herr Dr. Beckmann in ungefähr dreiviertelstündigem Vortrag ein klares und festes Bild entwarf. Der Vortragende kennzeichnete Lons als Heimatdichter, als Kritiker und als Romanerzähler und ging mit Recht besonders ausführlich auf seine humor- und gemütvollen Jagd- und Tiergeschichten, auf seine Gedichtdichtung und seine Wanderlieder ein. Die tiefe Liebe des Dichters zur Natur und seine eigenartige Kunst, die Dinge der Natur zu beleben und sprechen zu lassen, wurde treffend und verständnisvoll gekennzeichnet. Proben Lonscher Dichtung in Versen und in Prosa erhöhten den Wert des lehrreichen Vortrags. In den Dienst der Sache hatte sich außer dem Redner die Wandergruppe des Deutschen Bundes gestellt, die Wanderlieder von Lons mit Laute und Gitarre frisch und lebendig vortrug, und Frau Eva Beckmann, die einige der 'Lonsliedchen' in der Vertonung von Fritz Jode mit seiner Einfühlung in ihren Stimmungsgehalt sang und so das Wesen dieser schlichten Lieder den Zuhörern besonders lebendig zu machen verstand. Der starke Besuch des Abends und der lebhafteste Beifall der Zuhörer wird den Veranstaltern gezeigt haben, daß sie mit diesem Versuch den richtigen Weg betreten haben. Es ist zu hoffen, daß diesem ersten Abend eine Reihe ähnlicher folgen wird. Die nächste derartige Veranstaltung soll, wie wir hören, 'Fest in Dichtung und Musik' zum Gegenstand haben.

Der Gemeindeverein von St. Lukas veranstaltet am Mittwoch, dem 12. d. Mts. abends 8 Uhr im großen Saale des Opernhofes einen Vortragabend mit musikalischen und deklamatorischen Darbietungen, zu dem auch die Mitglieder der anderen evangelischen Kirchengemeinden herzlich eingeladen werden. Eintritt frei.

X Verschwandene ist seit Montag dieser Woche der Wierzbizice 65 (fr. Wierzbiz) wohnende 18jährige Bürgerliche August Ullmann, der im Expeditionsgeheim 'Eurep' beschäftigt war. Er hält sich vermutlich irgendwo in der Gegend im Bereich der Ostsee auf, hat sich aber noch nicht gemeldet. Er ist 1.50 Meter groß, mager und schlank und hat dunkelblondes Haar; er war bekleidet mit einem dunklen Anzug, schwarzen gestrichelten Schuhen und grüner Schirmmütze.

X Genau angewöhnter schwerer Verlust hat am Sonntag eine Dame bei einer Drochenschaft, die sie morgens 6 Uhr vom Hauptbahnhof nach der ul. Wielka 9 (fr. Breuerstr.) unternahm, erlitten. Sie war im Besitz einer braunen lederen Handtasche mit dem Monogramm R. G., in der sich eine silberne Handtasche mit der Aufschrift Karla Gogirjewskaja, 2 Ballanringe, 2 goldene Ringe mit einem roten und einem blauen Stein, 1 goldene Damenohr auf dem Innendeckel mit dem Monogramm R. G., ein goldenes, aus 8 Gliedern bestehendes Armband, 1 Paar Trauerohrgehänge, verschiedene Perlen und 4000 M. bares Geld befanden. Bei der Ankunft in der ul. Wielka war die Handtasche und mit ihr deren Inhalt, der von der Dame auf eine Million Mark besetzt wird, auf unverständliche Weise spurlos verschwunden. Schierverloren muß es jedem Menschen erscheinen, daß der Besitzer eines so wertvollen Schatzes so sorglos mit ihm umgeht, daß er spurlos verschwinden kann.

X Selbstmord durch Erhängen verübte gestern abend in der elterlichen Wohnung am pnc Sapiezyski (früher Sapiechaj) aus unbekanntem Grund das 18jährige junge Mädchen Tereza G., deren Mutter z. Zt. in Deutschland weilt.

X Pferd des Stahls. Bereits am 15. d. Mts. wurde dem Besitzer Stanislaw Cielizski in Malý Chrzypsko, Kr. Birnbaum, ein dunkelbrauner Wallach, 1.60-1.65 Meter groß, mit weißem Stern an der Stirn, weißen Hinterfüßen, Kreuzlamen, 12 Jahre alt, gut genährt im Werte von 1500 M. gestohlen. Der Beschädigte hat auf die Wiederherbeschaffung des Pferdes 2000 M. Belohnung ausgesetzt.

X Diebstahl. Am 5. d. Mts. wurde in Gursch in im Hause ul. Krauthofers 7 (fr. Kantstr.) aus einer verschlossenen Wohnung ein dunkelblauer Anzug gestohlen; dem Wohnungsinhaber waren vor zwei Wochen bereits 5000 Rubel entwendet worden; der Gesamtwert der Sachen belief sich auf 7500 M. Am demselben Tage wurden aus einer anderen Wohnung desselben Hauses 1 Paar Schnürschuhe, 2 neue Bettlaken, 1 Herrenhemd und 3 Unterleinen im Werte von 2000 M. gestohlen. — Gleichfalls in Gursch in starteten Einbrecher in der Nacht zum Freitag einem Saale des Hauses ul. Kapanina 19 (früher Schenkendorffstr.) einen Besuch ab. Schloßen eine 1 1/2 Hr. schwere Sau, 3 Gänse, 4 Enten und 17 Hühner an Ort und Stelle ab und verschwand mit ihrer Beute im Werte von 75000 M. — Seitern wurde in die Villa Aleje Chopina 1a (früher Archbaschallee) ein Einbruch verübt; gestohlen wurden mehrere Herrenoberhemden, 1 schwarzer Anzug, 1 Knabenmütze im Werte von 9000 M. — Durch Einbruch in ein Geschäft am Stary Rynek 68 (früher Alter Markt) wurden gestern 10 Perlenarmbänder mit 'arbigem Einsatz, 9 molle Herrenhemden, 26 farbige Krawatten, 2 Paar Manschettenknöpfe, 4 braune Strohhüte, 2 Bräutigamschleier, 6 Paar wollene Strümpfe im Gesamtwerte von 25000 M. gestohlen.

* Graubenz, 6. Oktober. Seit dem 1. d. Mts. ist auf dem hiesigen Hüttenbahnhof die Annahme von Frachtgut zur Förderung mit der Bahn gesperrt. Kohlenknappheit soll der Grund zu dieser Maßnahme sein.

Kurze der Posener Börse.

Table with columns for 'Offizielle Kurse', '7. Oktober', '6. Oktober' and 'Unoffizielle Kurse'. It lists various market items like 'Posener Pfandbriefe', 'Pol. Provinzialobligationen', 'Börsen- und Wechselkurse', and 'Warenkurse'.

Unrichtige Notierungen der Getreidebörse (Gladky Zbozow) in Poson vom 7. Oktober, 1921.

Table listing grain prices for various types of wheat, rye, and barley, including 'Seradella', 'Zutterweizen', 'Saattweizen', etc.

*) Ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl exkl. Sacke. Tendenz: fest.

— Warschauer Getreidebörse vom 6. Oktober. Roggen 10 000 bis 10 600, gepreßtes Heu 2800, Haas- und Flachstuchen gemischt franco Station Warschau 12 000, Gerstenkleie franco Mühle Warschau 7000, Roggenmehl 70 v. G. 14 200 M.

Posener Viehmarkt vom 7. Oktober 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht. I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 6000-6500 M., II. Sorte 5000-5500 M., III. Sorte 3200-3600 M., B. Bullen I. Sorte 6000 bis 6500 M., II. Sorte 5000-5500 M., III. Sorte 3200-3600 M., C. Färken und Kühe I. Sorte 6000-6500 M., II. Sorte 5000 bis 5500 M., III. Sorte 3200-3600 M., D. Kälber I. Sorte 11 000 M., II. Sorte 10 000 M., II. Schweine: I. Sorte 17 500-18 500 M., II. Sorte 16 000 bis 17 000 M., III. Sorte 14 000-15 000 M., Der Auktions betrug: 44 Rinder, 89 Kälber, 30 Schafe, 125 Fiegen, 325 Schweine. — Tendenz: lebhaft, Ferkel 3500 bis 4000 M. das Paar.

Berliner Börserbericht vom 6. Oktober.

Table listing Berlin market prices for 'Diskontokomm.-Anleihe', 'Berliner Maschinen-Fabrik', 'Schwarzlohi', 'Hartmann Wafsch.-Mitteln', etc.

Verantwortlich: Dr. Wilhelm Jaczewski. Druck und Verlagsanstalt: Dr. Wilhelm Jaczewski. Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wilhelm Jaczewski. Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wilhelm Jaczewski.

